0341 . 30 68 235

GAMMA

1/03
20.Januar 2003
#124

newsflyer des antifa infotelefons leipzig

Deutsche Flüchtlingspolitik

Einer staatenlosen Familie aus Rumänien, die seit elf Jahren in Meimbressen (Kreis Kassel) lebt und für deren Bleiberecht sich hunderte Menschen eingesetzt hatten, droht erneut die Abschiebung.
Bisheriger Grund für eine Aussetzung der Duldung war, daß sich die zehnjährige Tochter des Ehepaares in psychologischer Behandlung befindet. Das ist nach wie vor der Fall, doch inzwischen haben im Hauptsacheverfahren sowohl Verwaltungsgericht (VG) als auch, in zweiter Instanz, der VGH die Klage der Familie abgewiesen - mit rein formalen Argumenten: Somit stehe einer Abschiebung nach Rumänien nichts mehr im Wege.
Das Kind benötige nach wie vor therapeutische Behandlung. Eine Unterbrechung könnte schwere Folgen für seine seelische Gesundheit haben. In Rumänien könne das Kind, das in Deutschland geboren sei und kein Rumänisch spreche, nicht behandelt werden. (FR 27.12.)
Weil das Bundesverfassungsgericht das Zuwanderungsgesetz gecancelt hat, sind die bereits in einigen Bundesländern eingerichteten „Ausreisezentren" rechtswidrig. Mehrere Organisationen forderten die Wieder-Abschaffung der unmenschlichen Einrichtungen.
Tübingen. Das Regierungspräsidium verteidigte die nächtliche Abschiebung der kosovo-albanischen Familie Jashari. Die Pressesprecherin der Behörde, Grit Puchan, teilte mit, die Abschiebung sei ein »vollkommen normaler Fall und völlig unspektakulär«. Die Familie, die seit 1993 in Deutschland lebe, habe zweimal einen Antrag auf Asyl gestellt, der jeweils abgelehnt worden sei. (Reutlinger General-Anzeiger 19. 12.)
Schwante (Brandenburg), 6.1. Zwei Polizisten drangen um 7.20 Uhr ohne Durchsuchungsbefehl in die Wohnung des Pfarrers Johannes Kölbel ein. Er wisse sicherlich, worum es ginge, um »Herrn Ha und seinen Sohn«, speisten die Beamten den Pfarrer ab und forderten ihn auf, ohne Widerstand die Tür zu öffnen. Einen Durchsuchungsbefehl würden sie nachreichen. Dann durchsuchten die Beamten die Gemeinderäume und die Privatwohnung des Pfarrers - vergeblich. Der 48jährige Vietnamese und sein fünfjähriger Sohn waren nicht auffindbar. Zum ersten Mal haben damit Polizeibeamte in Brandenburg ein Kirchenasyl gebrochen. (jW 9.1.)
17.1. das europäische Fingerabdruck-Identifizierungssystem EURODAC startete, mit dem Asylbewerber ab sofort europaweit zwangsweise identifizierbar sein sollen.
Biedenkopf. Ein kurdischer Kriegsdienstverweigerer und engagierter Kriegsgegner, der seit 1996 in Biedenkopf lebt, steht mit seiner Familie vor der Abschiebung in die Türkei. Kirche und Kriegsdienstverweigerer-Organisationen in Biedenkopf setzen sich dafür ein, dass er bleiben darf. (FR 17.1.)

Antisemitismus

Phillipsburg, 25.12. Der jüdische Friedhof ist geschändet worden. Unbekannte haben acht Grabsteine umgeworfen und 15 weitere Grabsteine mit blauen Hakenkreuzen und einschlägigen Symbolen besprüht. (Stuttgarter Nachrichten 28.12.2002, garfield)
Eine Studie des American Jewish Committee (AJC) bestätigt, dass antisemitische Vorurteile in Deutschland weit verbreitet sind. 20 Prozent der Befragten glaubten demnach, dass Juden »zu viel Einfluss« in der Bundesrepublik ausübten; 40 Prozent sprachen von einem zu großen Einfluss »auf die Weltgeschehnisse«. 52 Prozent erklärten, die Juden würden die Erinnerung an den Holocaust zu ihrem eigenen Vorteil nutzen. »Lieber nicht« neben einem Juden wohnen wollten 17 Prozent der Befragten. Ostdeutsche sind der Befragung nach weniger negativ gegen Juden eingestellt als Westdeutsche. (Jungle World 24.12.02)
Berlin. Der hessiche Ministerpräsident Roland Koch, der damals durch einen expliziten Appell an Rassismus die Landtagswahl für sich entschieden hatte, hat in einer parlamentarischen Auseinandersetzung um die Wiedereinführung der Vermögensteuer eine Äußerung des Chefs der Gewerkschaft Verdi, Frank Bsirske, mit der NS-Judenverfolgung gleichgesetzt. Sie mündete in der Behauptung, Bsirske habe „Menschen mit einer neuen Form von Stern an der Brust" genannt. Des Weiteren sah der Redner im namentlichen Nennen (wohlhabender Einzelner) "eine schlimme Parallele zu anderen Zeiten". (FR 16.12.02)
Berlin, 15.1. Die islamistische Gruppierung Hizb ut-Tahrir ("Partei der Befreiung") wurde vom Innenministerium veboten. Sie rufe auf, Israel zu zerstören und Juden zu töten und zu vertreiben. (FR 16.1.)
Berlin. Ein Berliner Rabbiner hat einen Brief mit den Worten «Lüge wird Wahrheit - Holocaust II» erhalten. In dem Kuvert befand sich auch eine kleine Plastiktüte mit einer ascheähnlichen Substanz.
Prag. Nazis versuchten, einen Fackelmarsch um Synagogen im jüdischen Viertel durchzuführen. Weil Antifas und „NormalbürgerInnen" das Viertel vor den Nazis sperrten, leitete die Polizei die ca. 30 Nasen um. (www.linkeseite.de)

Naziübergriffe

Rathenow, 2.1. Ein jugendlicher Hip-Hopper wurde vor dem City Center von mehreren Nazis angegriffen und geschlagen. Hierbei wurde das Opfer leicht verletzt. Gegen die drei namentlich bekannten Schläger wurde Anzeige erstattet.
Potsdam, 1.1. In der Silvesternacht griffen Nazis von einer nahegelegenen Party aus mehrmals das linke Wohn- und Kulturprojekt „Chamäleon" an. Sie beschossen es mit Feuerwerkskörpern und Steinen und warfen etliche Scheiben ein. Ein Bewohner erlitt einen Nervenzusammenbruch. Die gerufene Polizei nahm sechs der Angreifer fest. [infonot]
München, 31.12. Ein 21jähriger Nazi hat auf einem U-Bahnhof mit einer Gaspistole auf einen gebürtigen Kubaner geschossen. Dieser war seiner Frau zur Hilfe gekommen, die den Täter und dessen 19jährigen Freund auf die von ihnen gegrölten rechtsextremen Parolen wie »Sieg Heil« und »Deutschland über alles« angesprochen hatte. Daraufhin drohten die Männer ihr Prügel an.
Berlin. In der Nacht zum **30.12.** wurden in Charlottenburg 4 Griechen von 3 Nazis angegriffen, eines der Opfer wurde durch Messerstiche verletzt und mußte ins Krankenhaus; die Täter entkamen unerkannt.

Guben, 29.12. Zwei unbekannte Täter verfolgten ein 14jähriges Mädchen zunächst mit dem Auto, hielten sie dann fest und ritzten ihr ein drei mal vier Zentimeter großes Hakenkreuz in die linke Wange. Die Täter beschimpften die 14jährige, deren Vater Kubaner ist, mit den Worten: »Das geschieht dir recht. Scheißneger!«

Bitterfeld, 26.12. Ein 22-jähriger Asylbewerber aus Kamerun ist von vier Männern geschlagen und mit einem Messer bedroht worden. Die vier Tatverdächtigen seien wenig später in einer Regionalbahn aufgegriffen und vorläufig festgenommen worden.

Kr. Ostprignitz-Ruppin (Brandenburg). Eine Gedenkstätte für die Opfer des KZ-Todesmarsches vom Frühjahr 1945 ist geschändet worden. Das Mahnmal für die Opfer des Faschismus und eine Gedenktafel an der Bundesstraße B 167 zwischen Wulkow und Herzberg wurden mit Hakenkreuzen beschmiert. (Jungle World 24.12.02)

Krumbach (Bay.), 20.12. Ein 18-jähriger wurde von zwei Skins angerempelt und geschlagen, anschließend verfolgten sie ihn zu einer Telefonzelle und schlugen und traten ihn nach seinem Gespräch bewusstlos. Wegen einer schweren Kopfverletzung musste er stationär im Krankenhaus behandelt werden.

Voerde. Eine Gruppe von etwa 10 Naziskins, darunter zwei Frauen, hat Anfang Dezember 02 im niederrheinischen Voerde drei Schwarzafrikaner mit Baseballschlägern und einem Schlagring angegriffen und verletzt.

Naziaktivitäten und Gegenaction

Bochum, 18.1. Rund 900 Menschen nahmen an einer Antifademo teil, die sich gegen einen angeblich geplanten Naziaufmarsch richtete. Die Nazis der Region leugneten, jemals einen Aufmarsch für diesen Tag geplant zu haben.

Magdeburg, 18.1. Zwischen 300 und 500 Nazis nahmen an dem Aufmarsch anläßlich der Bombardierung der Stadt im 2.Weltkrieg teil, sinnigerweise mit Transparenten wie „Festungsstadt Magdeburg". Mobilisiert hatten Freie Strukturen und laut Medienberichten auch die NPD. Es gab mehrere Gegendemonstrationen mit mehreren Hundert TeilnehmerInnen.

Uetersen, 18.1. Gut 100 Nasen waren einem Aufruf Christian Worchs zu einem Aufmarsch „gegen Behörden- und Polizeiwillkür" gefolgt, sie konnten ihre Hauptkundgebung jedoch nicht durchführen, weil der Platz von GegendemonstrantInnen besetzt war. Ein Bus der Nazis wurde entglast, ein Polizist wurde verletzt und 18 GegendemonstrantInnen festgenommen.

Wuppertal, 11.1. Rund 700 DemonstrantInnen sind am Samstag in Wuppertal gegen einen Aufmarsch von etwa 150 Nazis auf die Straße gegangen. Dabei wurden nach Polizeiangaben 68 überwiegend aus der linken Szene stammende Personen vorläufig festgenommen, weil sie den Zugverkehr am Bahnhof Oberbarmen störten. Die Demonstration der Nasen war vom Hamburger Christian Worch angemeldet und unter erheblichen Auflagen vom Verwaltungsgericht Dortmund bestätigt worden. (Neue Ruhr Zeitung 12.01.2003)

Dresden, 31.12. Im „Thor" fand eine Art Silvesterfeier statt – wohl eine der letzten Veranstaltungen dort...(Siehe GAMMA 18/02) Am **21.12.** hatte eine überregionale Neonazi-"Wintersonnenwendfeier" stattgefunden. Das "Thor" diente dabei als Treff und das Umfeld beteiligte sich auch organisatorisch.

Bochum, 28.12. Wegen des Verbotes der Geburtstagsfeier des „Oidoxie"-Sängers Marko Gottschalk marschierten ca. 100 Nazis unter dem Motto „Gegen Polizei- und Staatswillkür" durch die Stadt. 150 Antifas wurden von der Polizei an Gegenaktivitäten gehindert.

Klötze, 28.12. Ca. 120 Nazis marschierten gegen den „US-Krieg gegen den Irak".

Wittstock, 27.12. 49 NPD-Nasen marschierten unter dem Motto „Steuern senken statt Waffen verschenken" auf.

Mannheim, 21.12. Im Treff des Motorrad "Bandidos" in Mannheim trafen sich rund 130 Personen aus der Skinhead-Szene, die den Bands Aufmarsch, Siegnum und Gegenschlag zujubeln wollten.

Anklam (M-V). 1.200 Unterschriften gegen die Unterbringung von Flüchtlingen in einer ehemaligen Schule wurden gesammelt. Würde dort ein Heim eingerichtet, fürchtet der Initiator der Unterschriftensammlung, Edwin Hübner, »Spannungen«. Er verwies auch auf »Probleme« mit vermeintlich gewalttätigen Aussiedlern. Krawalle seien programmiert, sagte auch der CDU-Politiker Wolfgang Krüger. (Jungle World 24.12.02)

In **Chemnitz-Sonneberg** gab es am **6.12.** eine Nazi-Party mit 30 Leuten, die auf ihrem Heimweg einen Punk krankenhausreif prügelten.

NS zur Wahl in Lübeck

Zur Kommunalwahl in Lübeck wurde am **17.Januar** das Nazi-„Bündnis Nationaler Sozialisten" zugelassen. Die sich selbst offen National-Sozialisten Nennenden dürfen in allen Wahlkreisen antreten.

IG Farben

Bergen-Enkheim, 18.12. Bei der alljährlichen Hauptversammlung der IG Farben in Abwicklung haben GegnerInnen die sofortige Auflösung der Rechtsnachfolgerin des einstigen Chemie-Riesen IG Farben gefordert. Außerdem müsse das restliche Vermögens an ehemalige Zwangsarbeiter ausgezahlt werden. Etwa 20 DemonstrantInnen und kritische AktionärInnen verlangten zu diesem Zweck bei Beginn der Hauptversammlung Rederecht. Aufsichtsrat Ulrich Born ließ sie jedoch von Ordnungsleuten aus dem Saal drängen.

„Zutts Patriotentreff" dicht

Der von der NPD-Funktionärin Doris Zutt betriebene Naziladen in Ehringhausen muss schließen, weil das Haus für einen Kreisverkehr abgerissen werden muß. Zutt betreibt eine weitere Filiale in Waren / Müritz. Ob sie einen weiteren Laden in Ehringhausen wiedereröffnet, ist noch offen.

Korrektur zur „Thor"-Schließung in Dresden

Der Nazitreff wurde nicht zum Ende des Jahres gekündigt, sondern zum 31.1.; um die Kündigung läuft ein Rechtsstreit, die Nazis bleiben also. Jedoch nicht länger als bis Ende April- dann läuft der Vertrag regulär aus.
Siehe auch Termine!

Urteile gegen Nazis

Rostock, 10.1.03. Ein knappes halbes Jahr nach dem neuerlichen Brandanschlag auf das Sonnenblumenhaus in Rostock-Lichtenhagen sind die mutmaßlichen Täter, vier junge Männer im Alter von 15 bis 24 Jahren, wegen dieser Tat sowie wegen Angriffen gegen Geschäfte von Ausländern vor dem Landgericht wegen versuchten Mordes, schwerer Brandstiftung, Sachbeschädigung und Verstoßes gegen das Waffengesetz angeklagt. Drei Angeklagte würden der rechten Szene zugeordnet. Zunächst wurden bis zum 24.1.03 sieben Verhandlungstage angesetzt.

Remscheid. Ein 25-jähriger wurde vom Amtsgericht wegen Volksverhetzung zu 6 Monaten Haft verurteilt, weil er eine CD der Naziband "Macht und Ehre" an einen 17-jährigen Kumpel weitergab.

Dresden: Das Landgericht verurteilte den Produzent von Neonazi-CDs, u.a. "Noten des Hasses", Adrian Preißinger wegen Volksverhetzung zu 3 Jahren Haft. Der Angeklagte war Inhaber der "Agentur für Kommunikation" (AFK) mit Sitz in Kronach, später in der Slowakischen Republik und hatte politische und geschäftliche Verbindungen zu den

Nazi-Rock-Produzenten und Verfassungsschutz-V-Leuten Toni Stadler und Mirko Hesse. Im Versandkatalog finden sich Gruppen wie "Stahlgewitter", "Iron Youth" oder "Kampfruf". Preißingers AFK besorgte das Pressen der CDs hauptsächlich in Italien für seine Kunden aus Langenfeld (Funny Sounds & Vision), Chemnitz (Sonnentanz und Movement Records) oder Langburkersdorf (Mirko Hesse, H.A. Records). Für Hesse, der vor einigen Wochen bereits vor der Staatsschutzkammer des Dresdner Landgerichts stand, ließ er die CD "Einstand" der Gruppe "14 Nothelfer" herstellen, laut Staatsanwaltschaft den Skinheads Sächsische Schweiz (SSS) nahestehend. Eine der wichtigsten Arbeiten für den Hammerskin Hesse war die Produktion "Noten des Hasses" der White Aryan Rebels (W.A.R.), die bereits im Prozess um Toni Stadler eine Rolle gespielt hatte. Preißinger hat daneben auch zwei Bücher geschrieben; eins davon ist ist in der bekannten Verlagsgesellschaft Berg mit einem Vorwort von Joachim Siegerist erschienen: "Von Sachsenhausen nach Buchenwald. Die Todesfabriken der Kommunisten". Eine rassistisch-religiöse Gruppierung aus den USA lobt den Autor als "striking revisionist". Die englischsprachige Ausgabe steht auf Versandlisten neben Büchern von Manfred Roeder, David Irving oder Thies Christophersen. Dem Urteil ging eine Vereinbarung zwischen Verteidigung, StA und Gericht voraus: Preißinger gesteht und ist mit der Einziehung der Beweismittel sowie der beschlagnahmten Summe von ca. 25000 Euro einverstanden. Die drastische Verkürzung des Prozesses auf einen Verhandlungstag belohnt die Kammer mit Haftstrafe von drei Jahren. Üblich bei diesen Straftaten sind fünf bis sechs Jahre.

Schwerin. Ein Lehrer und zwei 19-jährige Männer sind wegen versuchten Mordes sowie versuchter schwerer Brandstiftung angeklagt. Ihnen drohen mehrjährige Haftstrafen, dem Musiklehrer zudem die Entlassung aus dem Schuldienst. Den Ermittlungen zufolge wollten die beiden jungen Männer am 4.11.02 einen Asia-Imbiß in Wismar anzünden, der Lehrer besorgte ihnen das Benzin dazu. Die Polizei hatte ein Feuer verhindert, nachdem die Männer bereits eine Fensterscheibe des Restaurants eingeschlagen und fünf Liter Benzin ausgegossen hatten. Alle Angeklagten sitzen derzeit in Untersuchungshaft. Der Lehrer und die beiden Mitangeklagten sollen sich bei NPD-Treffen kennengelernt haben.

Dortmund. Der als "SS-Siggi" bekannte Rechtsextremist Siegfried Borchardt muss ins Gefängnis. Das Landgericht verwarf am 10.1.03 eine Berufung des 49-jährigen. Borchardt war März 2002 nach einer brutalen Schlägerei zu neun Monaten Haft verurteilt worden. Er bestritt nicht, Anfang September 2001 einen 38-jährigen Bekannten in dessen Dortmunder Wohnung zusammengeschlagen und mit Stiefeln getreten zu haben. Borchardt hatte die Prügel-Attacke als ganz normale Bestrafungsaktion unter Kameraden bezeichnet: "Wenn wir uns immer gegenseitig angezeigt hätten, hätte ich schon 15 Jahre im Knast gesessen." Der nächste Prozess wird bereits am 24.02.03 am Dortmunder Amtsgericht eröffnet, dort geht es unter anderem um das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen.

Phase 2 out now!

Die vom bayrischen Zoll im Dezember beschlagnahmte Auflage der Zeitschrift ist jetzt durch eine Neuauflage ersetzt worden und zu haben. Bestellungen & Infos über abo@phase-zwei.org oder per Post: Phase 2, Bornaische Str. 3d, 04277 Leipzig.

Berufsverbote

Die Thüringer Landesregierung will ein "Sicherheitsüberprüfungsgesetz" erlassen. Darin wird nicht nur Geheimnisschutz geregelt, sondern das Gesetz sieht auch eine Sicherheitsüberprüfung von Beschäftigten in nicht öffentlichen Einrichtungen und Versorgungsunternehmen sowie deren Angehörigen vor. Die Prüfung wird vom Verfassungsschutz vorgenommen, und zwar auf Grundlage umfangreicher Angaben über den Arbeitnehmer. Der Arbeitgeber erhält auf diese Weise weitreichende Informationen über seine Beschäftigten und dessen Angehörige und Freunde. Ob Bank, ob Post, ob Wasser- und Elektrizitätswerke, ob Verkehrsbetriebe, ob Krankenhäuser oder Pharmaindustrie, ob Rundfunk oder Fernsehen - alle solche Branchen und Dienstleistungsbereiche sind betroffen. Wohin das führen kann, berichtete die Süddeutsche Zeitung vom Fall eines Lagerleiters und Betriebsrates am Flughafen München, dem auf Basis dieses Gesetzes der Zutritt zum Flughafen - zu seinem Arbeitsplatz - verweigert wird. Er hatte vor 18 Jahren für eine "Gruppe Internationale Marxisten" Plakate geklebt. Kritiker befürchten, das sei "möglicherweise der Beginn einer neuen Welle von Berufsverboten."

Zum Thema gibt es am **21.01.03** um 17 Uhr Im Haus Dacherörden, Anger 37/38 in **Erfurt** einen Vortrag vom Berliner Rechtsanwalt Dieter Hummel.

Olympia in Leipzig schon jetzt gewalttätig durchgesetzt

Leipzig, 12.1. Bei der "Olympia-Gala" in der Leipzig-Arena kam es zu Übergriffen des Sicherheitsdienstes gegen OlympiakritikerInnen. Als einige Leute während des live übertragenen Events ein Transparent mit Slogans gegen das größenwahnsinnige Olympia-in-Leipzig-Projekt entrollten, wurden sie von Security-Mitgliedern zu Boden geworfen und nach draußen geschubst. Anschließend versuchten die Angestellten der "Leipziger Löwen" auch noch, das Transparent zu stehlen und verfolgten die Olympiagegner bis zur Haltestelle, um sie weiter zu drangsalieren. Ob Anzeige gegen die "Löwen" und gegen deren Auftraggeber, die Veranstalter der Gala, gestellt wurde, ist noch nicht bekannt. Auch anderen Leuten wurde ohne Begründung der Zutritt verwehrt und sie unter Anwendung von körperlicher Gewalt aus dem Gebäude gebracht.

Die fanatisierten Massen in der Halle waren jedoch wohl so beschäftigt, sich von einem Animator anheizen zu lassen, dass sie von den handgreiflichen Zensurmaßnahmen wenig mitbekommen haben dürften.

Telefonüberwachung rechtswidrig

Die richterlich angeordneten Telefonüberwachungen entsprechen in fast allen Fällen nicht den gesetzlichen Vorgaben und würden viel zu leichtfertig genehmigt, kritisiert eine aktuelle Studie. Fast jeder einzelne untersuchte Fall sei anfechtbar.

Seit 1995 habe sich die Zahl der abgehörten Telefonanschlüsse von 3800 auf 20.000 mehr als verfünffacht. (FR 10.1.)

Kalenda

25.1.- 8.2.: Antifaschistische Aktionstage(18/02)
28.1.: Diskussionsveranstaltung „Djihad und Judenhass" in Leipzig (18/02)
8.2.: Naziaufmarsch in Chemnitz (18/02)
13.2.: Naziaufmarsch in Dresden (18/02)

Neue Termine

Der Krieg und die Linke

Zum Thema „Der Krieg und die verzweifelte Linke" lädt das BgR **Leipzig** am **21.Januar** zu einer Diskussionsveranstaltung ins Conne Island ein. Beginn 19 Uhr.

Info-Veranstaltung in Halle

Am **22.Januar** um 19:30 Uhr findet im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Geschichte und Gegenwart des Antisemitismus" ein Seminar zum Thema Anti-

semitismus in der Linken statt. Ort: Melanchthonianum HS B, Uniplatz. Referent: Thomas Haury.
Die Februarveranstaltung beschäftigt sich am **12.2.** mit „Antisemitismus in den Medien heute". Beginn wieder 19 Uhr am selben Ort.

Rechte Ideologie im Wandel

... ist das Thema eines Seminars am **22.Januar** im **Leipziger** Linxxnet (Koburger Stra. 3d). Als Referent wird Ulli Jentsch des antifaschistischen Pressearchivs und Bildungszentrum Berlin (http://www.apabiz.de) auftreten. Beginn 19 Uhr.

Tomorrow theorie café

Thema am **24.Januar:** Antisemitismus und Rassismus Teil 1. Die Biologisierung des Sozialen. Beginn 19 Uhr, Zutritt ins B12 in der Braustraße 20 wie immer nur für Jugendliche. Der zweite Teil findet am **31.Januar** statt.

Stalingrad-Veranstaltung

Am **31.Januar** findet in Leipzig eine Veranstaltung anläßlich der deutschen Kapitulation in Stalingrad statt. Es soll u.a. Videomaterial gezeigt werden, ansonsten finden die OrganisatorInnen, dass das Datum ein guter Grund zum Feiern ist. Beginn ist 18 Uhr, der Ort wird noch bekanntgegeben.

Demo gegen Nazi-Häuser

Am **1.Februar** gibt's in **Jena** eine regionale Antifa-Demo gegen rechte Hausprojekte. Treff 10 Uhr JG Stadtmitte, Johannisstr. 14.

Incipito: Wir, die Linke und andere Probleme

Unter diesem Motto steht eine Diskussionsveranstaltung des Incipito am **6.Februar** in der Lichtwirtschaft in **Leipzig**, mehr Infos unter www.left-action.de/incipito oder vor Ort. Es geht um das Verhältnis des Heftes zur Szene.

Naziaufmarsch in Chemnitz

Am **8.Februar** will Christian Worch in Chemnitz einen Aufmarsch gegen die Wehrmachtsausstellung durchziehen. Treff der Nazis ist 12 Uhr in der Bahnhofstraße/Georgstraße.
Es wird zu Gegenaktivitäten aufgerufen. Treff 9 Uhr vor dem AJZ, Chemnitztalstr 54. Ab 10 Uhr gibt es eine Demo vom AJZ in die Innenstadt. Mehr Infos bekommt Ihr unter ajz@ajz-chemnitz.de bzw. 0371/4498742. In der Nacht vom 7. zum 8.2. gibt es im AJZ Chemnitz Übernachtungsmöglichkeiten und Essen.

Stalingrad-Infoveranstaltung

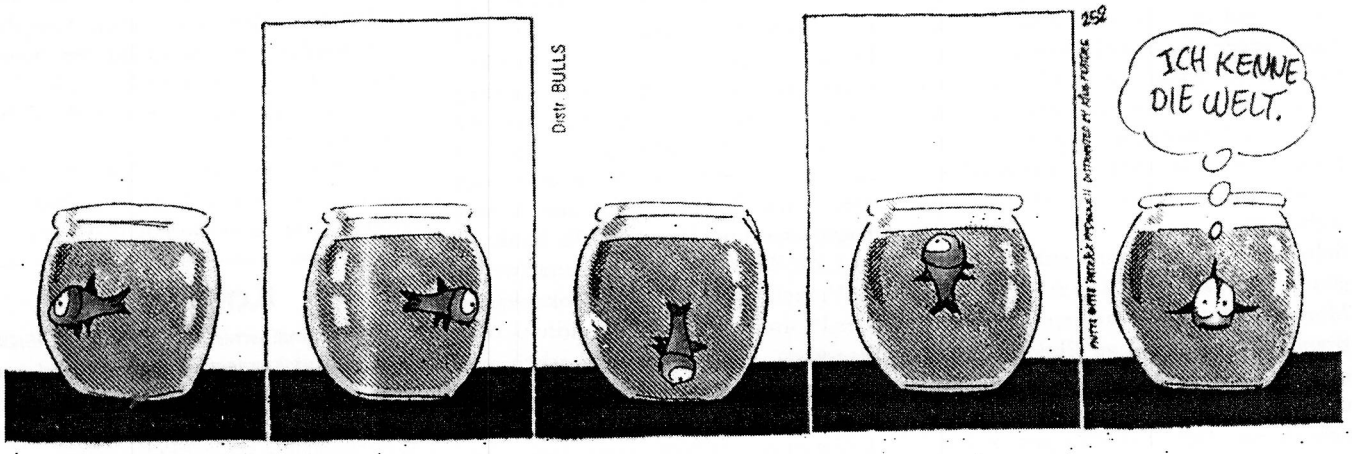
„Stalingrad - der Anfang vom Ende der Barbarei" ist der Titel einer Veranstaltung am **11.Februar** im Zeitgenössischen Forum **Leipzig**, Grimmaische Straße. Referenten: Kurt Pätzold (Historiker) und Günter Jacob (Publizist, angefragt).

Naziaufmärsche in Dresden

Der Aufmarsch am **13.2.** anläßlich der Bombardierung der Garnionsstadt **Dresden** im Zuge der Zerschlagung Nazideutschlands 1945 soll um 18.30 Uhr in der Innenstadt, wahrscheinlich hinter der Semperoper, beginnen.
Außerdem wollen die Nazis am **15.Februar** durch Dresden marschieren, um gegen die Schließung ihres Clubs „Thor" zu protestieren. Beginn ist hier 12 Uhr, der Treff wird von ihnen noch nicht veröffentlicht.

Proteste gegen NATO und WEF

Gegen das Weltwirtschaftsforum in **Davos** (CH) vom **23. bis 28. Januar** und die Nato-Sicherheitskonferenz vom **7.** bis **9. Februar** in **München** werden unter dem Motto „Antikapitalismus globalisieren - gegen die Nato-Kriegspolitik" gemeinsam Proteste organisiert. Der Aufruf läßt allerdings offen, ob man sich auf den Veranstaltungen nicht in ähnlich schlechte Gesellschaft wie bei den EU-Protesten in Kopenhagen (siehe GAMMA 18/02) begibt. Nichtsdestotrotz hier der Link zur Mobilisierungsseite: http://no-nato.de



das antifa infotelefon leipzig:
info-output: [tel] 0341-3068235 - [web] www.free.de/infotelefon
info-input: [tel+fax] 0341-3068237 - [mail] infotelefon@firemail.de - [post] IT / PSF 101417 / 04014 Leipzig
GAMMA ist in Leipzig zu haben im B12, Conne Island, Infoladen, Linxxnet und in der Lichtwirtschaft.

links:
Infotelefon GARFIELD (Rhein-Neckar-Raum): 06272-3559. Antifa-Infotelefon Berlin: 030-275 6075 6. Termine auch unter: www.left-action.de